

# **Robert Grimm, die Weltwirtschaftskrise und der Faschismus**

Erste Tagung Grimm Gesellschaft

Wald (ZH), 16. April 2011

Vortrag Adrian Zimmermann

# Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Wien, 23. Juli bis 1. August 1931

Traktandum 1: «Der Kampf um die Abrüstung und gegen die Kriegsgefahr»

Berichterstatter: Louis de Brouckère (Belgien)



Traktandum 2: «Die Lage in Deutschland und Zentraleuropa und der Kampf der Arbeiterklasse um die Demokratie»

Berichterstatter: Otto Bauer (Österreich)

Traktandum 3: «Die Weltwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit»

Berichterstatter: Robert Grimm (Schweiz)



## **Grimm als Berichterstatter zum Punkt «Die Weltwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit» am SAI-Kongress, Wien 23. Juli bis 1. August 1931**

«Für die Kapitalisten ist es eine Selbstverständlichkeit, dass in den Zeiten der Not das Risiko und die Verluste gewisser Unternehmungen vom Staate und der öffentlichen Gemeinschaft übernommen werden müssen. (...). Und (...) da haben wir der Arbeiterklasse zu erklären, dass wenn der Staat gut genug ist, in schlechten Zeiten für diese Unternehmungen einzustehen, er in guten Zeiten gut genug sein soll, seine Einfluss auf diese Unternehmungen und ihre Leitungen durchzusetzen.»



“I should like to speak (...) on behalf of the whole Committee in expressing our obligation to Comrade Grimm for the excellent terms of the report and for the speech in which he presented it. (...) We believe, as we state in our resolution, that for the present crisis, as for crises altogether (...) the only full remedy is (...) the establishment of a Socialist society.“

Mary Agnes Hamilton, Historikerin, Publizistin und Labour-Abgeordnete

## Entwicklung von Grimms strategischer Konzeption in den 1930er Jahren

- Grimm nimmt die faschistische Bedrohung von Anfang an ernst.
- Zunächst: Kampf gegen Krise, Faschismus und Krieg auf internationaler Ebene
- Nach dem Ende der deutschen und österreichischen Demokratie (1933/34): Umorientierung von der offensiven Politik auf internationaler zur defensiven Politik auf nationaler Ebene
- Im Vordergrund stehen für ihn nun die Verteidigung der Demokratie und die Krisenbekämpfung
- Bildung einer breiten Abwehrfront, «Front für Arbeit und Brot»
- Später erweitert zur «Konzentration der Mitte»
- Grimm hält dabei fest an sozialistischen und internationalistischen Grundsätzen

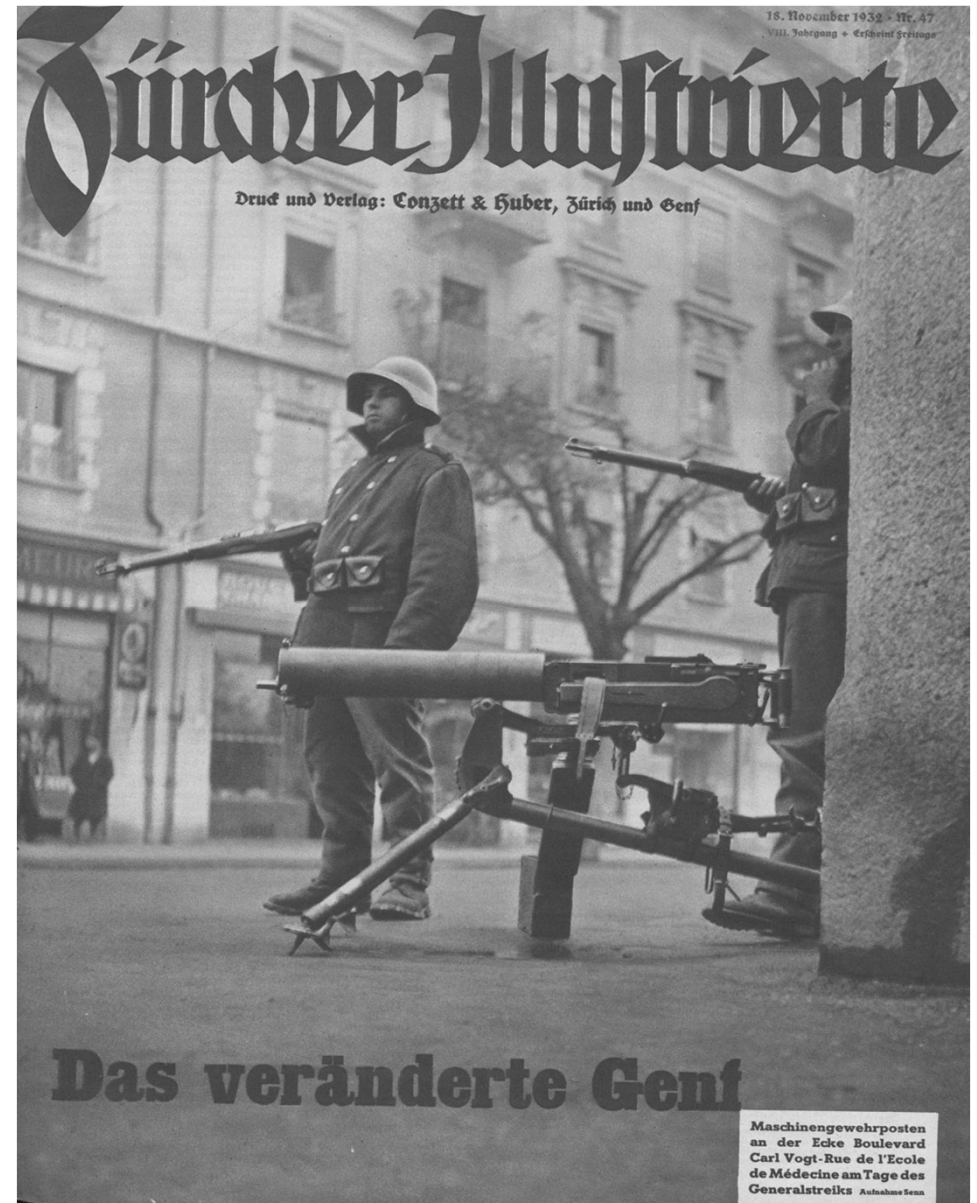


# Die Blutnacht von Genf (9.11.1932)

«Die Masse demonstrierte am 9. November ganz allgemein gegen die Provokationen der unter Führung eines moralisch defekten Kerls stehenden Reaktion. (...). Sie stieg (...) nicht auf die Strasse, um die Regierung zu stürzen und die Staatsgewalt an sich zu reißen.»

«Genf ist eine Episode, die Wirtschaftskrise ein Zustand. Die Episode geht vorbei, der Zustand bleibt. (...) Genf soll im Hinblick auf die Folgen der Wirtschaftskrise zu einem Wendepunkt, zu einem Ausgangspunkt einer neuen Politik werden. Die Wirkungen der Krise meinte man und von Genf sprach man tagelang.»

**Die Antwort: «Weder Provokation noch Kapitulation»**



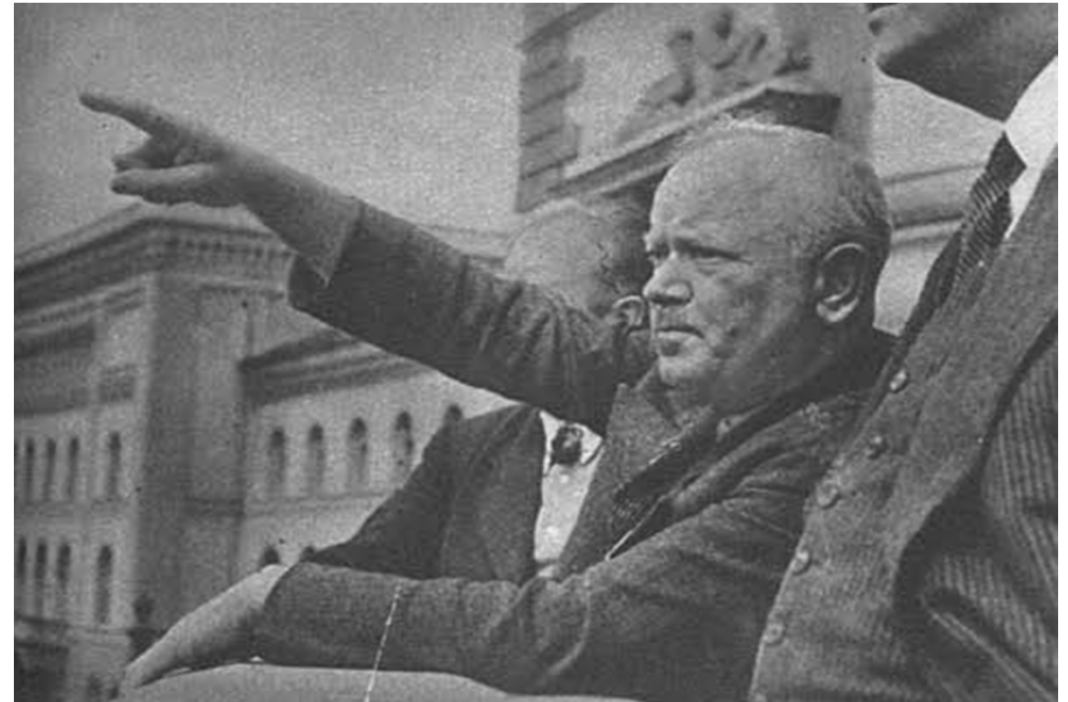
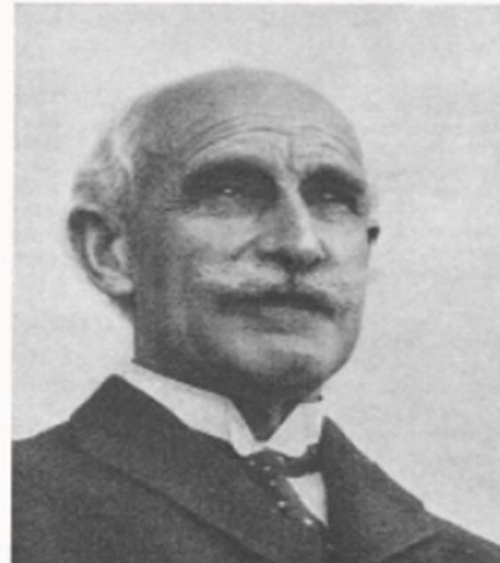


## Kampf gegen Krise und Faschismus

- Deflationspolitik (Preis- und Lohnsenkungen) als offizielle Krisenbekämpfungspolitik verschärft Krise
- Deflationspolitik fördert autoritäre Tendenzen (u.a. Lohnabbau über Notrecht)
- Ablehnung Lohnabbau beim Bundespersonal  
28.5.1933 („Lex Musy“)
- Ablehnung des Bundesgesetzes über den „Schutz der öffentlichen Ordnung“ (Lex Häberlin II)
- Bündnis aus Gewerkschaften, Angestelltenverbänden, Teile der Bauern («Front der Arbeit») lanciert „Kriseninitiative“
- Wochenzeitung „Die Nation“
- Trotz den Sympathien, die sie im Rechtsbürgertum genießen, bleiben die Fronten auf nationaler Ebene elektoral erfolglos
- Kriseninitiative wird am 2.6.1935 knapp abgelehnt, faschistische Totalrevisionsinitiative im Herbst deutlich
- Programmrevision SPS 1935 „Schutz der Demokratie“ – auch durch Armee

## Gutachten Grimm-Rothpletz (Mai 1934)

- Bundesrat Edmund Schulthess (Vorsteher EVD) erteilt Grimm und dem bürgerlichen Bauingenieur Ferdinand Rothpletz den Auftrag für ein Gutachten zur «Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung»
- Krisendiagnose: «Die gegenwärtige Krise trägt keinen vorübergehenden Charakter. Sie bildet einen Dauerzustand»
- Vorschlag: Krisenfonds von 500'000'000.- (würde heute 4'041'000'000.- entsprechen)
- Krisenartikel in der Verfassung (1947 eingeführt)
- Von der bürgerlichen Mehrheit nicht umgesetzt
- Beeinflusst Kriseninitiative und Arbeitsbeschaffungsprogramme nach 1936



## Der Kampf um die Kriseninitiative





## «Verständigung»

- Abwertung des Schweizerfrankens 1936
- Bundesrat gibt sich Kompetenz zur Zwangsschlichtung
- Kompromiss bei den Wirtschaftsartikeln 1937 (Grimm Kommissionsmitglied)
- Landesweite Verträge in wichtigen Branchen (Uhrenindustrie, MEM, Bau)
- Kompromiss Finanzordnung («Geheimverhandlungen» Grimm und Ilg mit FDP-Fraktionsspitze)
- Robert Grimm 1938 Berner Regierungsrat
- Aussenpolitische Bedrohung («Anschluss» Österreichs 1938)



Während des Zweiten Weltkriegs leitete Grimm die Sektion «Kraft und Wärme» der Kriegswirtschaft und ist 1940 Präsident der Arbeitsbeschaffungskommission

1940 erneute Angriffe auf Grimm (Deutsche Botschaft, «Eingabe der 200», Duttweiler, aber auch Guisan)



«Diese Diktaturen stellen in ihrer Gesamtheit einen Rückfall in die Barbarei dar. Sie vernichten die Grundrechte der Menschheit, zerstören die Freiheiten und Rechte der Bürger, zerschlagen Treu und Glauben als Grundlage der gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Beziehungen.»

Grimm, Februar 1940

## Rück- und Ausblick 1955

«Nach Beendigung des Krieges konnten die Anhänger der Privatwirtschaft nicht genug nach Abbau schreien (...). Sie wollten die Rückkehr zur sogenannten freien Wirtschaft und lohten es dem Staat, das heisst dem Schweizervolk, schlecht, dass es diese ‚freie Wirtschaft‘, die es in Wahrheit bei uns so wenig wie in Amerika gibt, in den Kriegsjahren vor dem Zusammenbruch rettete.»



«Der demokratische Staat und die kapitalistische Gesellschaft vermögen vieles, und die humanitären Verbesserungen verdienen Lob und Preis. Aber das eine vermögen sie nicht – die Sicherung des Arbeitsplatzes und eines genügenden, auf die Dauer ausreichenden Einkommens. (...) Solange die Herrschaft des Kapitals, die kapitalistische Moral von der Bereicherung und vom Profitstreben besteht, währt die Unsicherheit der Existenz und der Lebensmöglichkeiten der Arbeiter. Darum strebt die klassenbewusste Arbeiterschaft nach höheren Gesellschaftsformen und deren Vollendung in der Gemeinwirtschaft.»